

GIFT AUF DEM FELD: TIERARME WELT



Schwalbenschwanz
Dramatischer Rückgang



Rebhuhn
Nahezu verschwunden

Braunkehlchen
Fast ausgestorben



Feldhase
Rar



Laubfrosch
Dramatische Bestandseinbrüche

BRAND
GRÜN
22.16

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
IM BRANDENBURGER LANDTAG



Wo was steht

Grünes Thema

Agrargifte, Massentierhaltung, gutes Essen S. 4

Grün im Gespräch

Sarah Wiener zu gutem Essen S. 10

Kommunal- und Verwaltungsreform

Kein grünes Leitbild S. 12

Flughafenentgelte

Teures Billigfliegen S. 14

Grüne Grafik

Illegale Müllhalden S. 16

Lausitzer Braunkohle

Keine Sicherheit S. 18

Landesentwicklungsplan

Ein guter Plan? S. 20

Freie Theater

Vorhang auf! S. 22

Als „Bahnhofsversteher“ auf Tour

S. 24

Grünes Gericht

Das Gute liegt so nah S. 26

Grüne Termine

S. 28

Das letzte Wort hat ...

S. 30

Liebe Leserin,
lieber Leser!

„Viele Menschen wissen gar nicht mehr, was sie essen. Wir öffnen Dosen, schütten Tüten in einen Topf oder schieben fertige Nahrungsmittel in die Mikrowelle.“ Das sagte Sarah Wiener, als wir mit ihr über gutes Essen sprachen. Tatsächlich waren wir in der Menschheitsgeschichte nie weiter entfernt von der Herstellung unserer Lebensmittel als heute. Bei einem Selbstversuch haben unsere sechs Abgeordneten nachgewiesen, dass sie alle Glyphosat im Körper haben – ein Agrargift, das weiterhin im Verdacht steht, krebsauslösend zu sein, in der Intensivlandwirtschaft aber immer noch flächendeckend zum Einsatz kommt. Es gibt aber auch Erfreulicheres zu berichten: Durch den Erfolg des „Volksbegehren gegen Massentierhaltung“ musste der Landtag einem Kompromiss mit den InitiatorInnen zustimmen. Vier zentrale Forderungen sollen nun umgesetzt werden. Wir überwachen genau, dass das bald geschieht – für eine tierfreundlichere, zukunftsfähigere Landwirtschaft!

Neben unserem Schwerpunkt zu Agrarthemen und gutem Essen beschäftigt sich die neue brandGRÜN unter anderem mit der Kommunal- und Verwaltungsreform, entführt Sie und Euch in die Welt der freien Theater, informiert über Flughafenentgelte und Landesentwicklungsplanung und betrachtet den Verkauf der Vattenfall-Braunkohlesparte an EPH.

Wir wünschen Ihnen und Euch viel Spaß beim Blättern und Schmökern.

Ihre Ursula Nonnemacher

Ihr Axel Vogel

AGRARGIFTE, MASSEN- TIERHALTUNG, GUTES ESSEN



© Fraktion priyat

„Die BrandenburgerInnen haben mit dem Volksbegehren sehr deutlich gemacht, dass sie eine andere Landwirtschaft, mehr Tierschutz und eine stärker bäuerlich und regional ausgerichtete Landwirtschaftspolitik wollen. Drei Monate nach dem Kompromiss hat die Landesregierung noch nicht viel Engagement erkennen lassen und bremst sogar bei einem Kernthema, dem runden Tisch zur Erarbeitung eines Tierschutzplans.“

Benjamin Raschke, landwirtschaftspolitischer Sprecher

ARTENVIELFALT ADE DURCH GLYPHOSAT UND CO.



Sie kennen noch Schwalbenschwanz, Feldlerche und Rebhuhn? Dann halten Sie Ihre Erinnerung fest, denn schon bald könnten sie in Brandenburg komplett verschwunden sein! Hauptschuld daran trägt die Intensivlandwirtschaft mit ihrem massiven Pestizideinsatz, beispielsweise von Glyphosat oder Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonicotinoide.

46.100 Tonnen Pflanzenschutzmittel wurden in Deutschland 2014 abgesetzt. Sie sollen Pflanzenkrankheiten verhindern, vermeintlichen Unkräutern den Garaus machen und Insektenfraß vermeiden. Doch haben Pestizide auch großen Anteil am starken Rückgang der Artenvielfalt. Besonders betroffen sind Feldvögel, Wildbienen, Hummeln, Amphibien und Wildkräuter. Ein ökologisches Drama, durch das hohe wirtschaftliche Folgekosten drohen. So wird die weltweite „Leistung“, die Bienen und Schmetterlinge durch die Bestäubung von Nutzpflanzen wie Obst und Gemüse erbringen, auf rund 524 Milliarden Euro jährlich taxiert.

Der Schaden entsteht direkt und indirekt: Zum einen durch die „chronische“ Schädigung von Tieren, die dauerhaft Pestiziden ausgesetzt sind. Neonicotinoide sind Nervengifte, die z. B. Gedächtnis, Lernverhalten und Fortpflanzung von Bienen beeinträchtigen. Zum anderen indirekt: Pflanzenschutzmittel töten auch „Nützlinge“ und vernichten die Lebensräume und die Nahrungsgrundlage vieler Arten. So sind Insekten auf Äckern z. B. für das Überleben von Rebhuhnküken unabdingbar. Kein Wunder, dass auch Brandenburgs JägerInnen das massive Giftspritzen kritisch sehen.

Pestizide sind auch ein Gesundheitsproblem: Glyphosat, das auf Brandenburgs Äckern der am meisten eingesetzte Wirkstoff ist, steht im Verdacht krebserregend zu sein.

Durch den massiven Einsatz auf dem Acker haben 70 Prozent der GroßstädterInnen den Wirkstoff im Urin. An jeder zehnten märkischen Grundwassermessstelle werden Pestizidwerte überschritten, Glyphosat auch in Oberflächen-gewässern wie der Havel gefunden.



Wir als bündnisgrüne Fraktion treten für eine nachhaltige, naturverträgliche Bodennutzung ein, für unbelastetes Essen, saubere Seen und Flüsse. Notwendig ist hierfür vor allem, den ökologischen Landbau auszuweiten – der kommt ohne Pestizide aus. Doch auch der Pestizideinsatz in der konventionellen Landwirtschaft muss drastisch reduziert und mehr ökologische Refugien wie Blühstreifen an Feldern und geschützte Gewässerrandstreifen geschaffen werden.

Die Landesregierung hat zwar ein Konzept für die biologische Vielfalt, es schlägt sich jedoch nicht in den Agrar-Förderprogrammen nieder. Auch beim Ausbau des Ökolandbaus bleibt Brandenburg weit unter seinen Möglichkeiten. Unsere Fraktion will den Umstieg auf eine pestizidfreie Landwirtschaft gemeinsam mit den LandwirtInnen erreichen und fordert hierfür ein Landesprogramm.



GRÜNES THEMA

MASSENTIERHALTUNG: KEIN PLATZ FÜRS TIERWOHL



Glücklich sehen sie aus, die Kühe, die uns von der Milchpackung entgegenspringen. Die Realität hat damit indes reichlich wenig zu tun. In den Agrarfabriken der industriellen Massentierhaltung ist kein Platz fürs Tierwohl. Ein Huhn lebt auf der Fläche eines Taschentuchs. Ferkel bekommen die Schwänze abgeschnitten, Küken die Schnäbel – oft ohne Betäubung! In den Megaställen finden Keime einen idealen Nährboden. Der massive Antibiotika-Einsatz aber macht Keime resistent. An multiresistenten Erregern sterben inzwischen 10.000 bis 15.000 Menschen pro Jahr in Deutschland – mehr als bei Verkehrsunfällen.

Immer mehr Menschen entscheiden sich dagegen, dieses System weiter zu unterstützen. Das „Aktionsbündnis Agrarwende Berlin-Brandenburg“ hat fast 104.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gegen Massentierhaltung gesammelt. Im April 2016 hat der Brandenburger Landtag einen Kompromiss mit den InitiatorInnen geschlossen. Dieser enthält vier zentrale Forderungen des Bündnisses:

- Es wird einen Landestierschutzplan geben, der unter anderem ein Kupierverbot, eine Verbesserung der Haltungsbedingungen und eine Reduktion des Antibiotikaeinsatzes vorsieht.
- Die Stelle eines oder einer hauptamtlichen Landestierschutzbeauftragten wird geschaffen.
- In großen Schweinemastställen müssen Filteranlagen eingebaut werden.
- Die so genannte Basisförderung verschwindet ab 2017, es werden nur noch Ställe finanziell gefördert, die etwas besseren Standards entsprechen. Die Förderung wird gedeckelt und an die Fläche gekoppelt, was den Neubau von Mega-Anlagen unattraktiver macht.

Leider wurde über eines der wichtigsten Ziele, das Tierschutzverbandsklagerecht, keine Einigung erzielt. Mehrere Monate nach der Kompromissfindung ist außerdem klar, dass die Landesregierung noch nicht viel Engagement hinsichtlich der Umsetzung zeigt.

„Wir haben die Umsetzung des Kompromisses zum Volksbegehren von Anfang an kritisch begleitet und werden der Regierung auch weiterhin genau auf die Finger schauen – für eine faire, regionale, tierwohlorientierte Landwirtschaft“, sagt Benjamin Raschke, umweltpolitischer Sprecher unserer bündnisgrünen Fraktion.

Grüne Forderungen gegen Tierfabriken

- Keine neuen oder vergrößerten Massentierhaltungsbetriebe
- Mehr Wertschöpfung für die Region
- Gelder nur für tiergerechten Stallumbau
- Weniger Antibiotika in der Tierhaltung
- Kennzeichnung der Fleischherkunft
- Mitwirkungs- und Klagerecht für Tierschutzverbände
- Mehr Personal für die Veterinärämter
- Strengeres Bundesimmissionsschutzrecht
- Eine Politik, die bäuerliche Betriebe fördert



Weitere Informationen auch unter
www.megastaele-abspecken.de

SARAH WIENER: „GUTES ESSEN IST MIT LIEBE GEKOCHT“



© Christian Kaufmann

Einem guten Essen ist kaum jemand abgeneigt. Aber was bedeutet das eigentlich, gutes Essen? Wir haben mit der bekanntesten deutschen Fernsehköchin über ihre Definition gesprochen.

Sarah Wiener kennen die meisten als Fernsehköchin. Dabei hat sie eine extrem vielseitige Biografie: die gebürtige Österreicherin startete ihr eigenes Filmcatering in einem umgebauten NVA-Bus, betrieb später zahlreiche Restaurants und gründete eine eigene Stiftung, die Kindern gutes Essen näher bringt. Seit 2015 betreibt die 54-Jährige mit dem Gut Kerkow in Angermünde außerdem einen Biohof, bei dem die ganzheitliche Landwirtschaft im Fokus steht: artgerechte Tierhaltung, Verzicht auf Pestizide, keine Monokulturen oder Gentechnik. Dort stellt Wiener mit ihren PartnerInnen in erster Linie Biofleisch und -milch her. Auf dem Hof wird auch (Futter-)Getreide angebaut, es gibt eine Imkerei und Hühner.

Sie haben einmal gesagt, die Art und Weise, wie wir uns ernähren, sei das Fundament unserer Zivilisation. Was sagt unsere gegenwärtige Ernährungsweise über uns aus?

Viele Menschen wissen gar nicht mehr, was sie essen. Wir öffnen Dosen, schütten Tüten in einen Topf oder schieben fertige Nahrungsmittel in die Mikrowelle. Nicht mehr zu wissen, was wir essen, wie es hergestellt wurde und woher es kommt, lässt uns ratlos, verunsichert und manchmal auch zornig zurück. Wir fühlen uns der Welt entwurzelt.

Was macht gutes Essen für Sie aus?

Gutes Essen besteht aus frischen Zutaten, ist möglichst regional, saisonal und bio. Und es ist mit Liebe gekocht. Das befriedigt nicht nur kurzfristig die Geschmacksnerven, sondern auch noch nach einer

Stunde den ganzen Körper und die Seele. Nach einem guten Essen lächeln wir, sind gestärkt und haben gute Laune.

Wie kann ich als Verbraucherin oder Verbraucher Einfluss darauf nehmen, wie unsere Lebensmittel produziert werden?

Kaufen Sie keine Lebensmittel, deren Zutatenliste Sie nicht verstehen. Und wenn das einzige Argument der Preis ist – Finger weg! Das kommt uns und der Gesellschaft, der Natur, dem Klima einfach zu teuer. Stärken Sie die eigenen regionalen Märkte und Produzenten. Bemühen Sie sich um Transparenz und Aufklärung.

Welche Impulse für eine bessere Landwirtschaft müssen aus der Politik kommen?

Wir sollten das fördern, was den Menschen und der Natur dient. Wir brauchen die Unterstützung für zukunftsfähige, nachhaltige Konzepte, die dem Nachbarn helfen und keinem Großkonzern, der hier keine oder kaum Steuern zahlt, aber massenweise Subventionen kassiert.



© Sarah Wiener, privat

Was kann ich kochen, wenn mein Kühlschrank fast leer ist?

Leer ist leer. Aber Rühreier mit Kräutern geht immer, aus altem Brot macht man einfach eine Panzanella. Auch Palatschinken und eine geröstete Grießsuppe schmecken köstlich. Man muss halt zumindest ein bisschen kochen können.

KOMMUNAL- UND VERWALTUNGSREFORM: KEIN GRÜNES LEITBILD

Mit Reformen macht man sich selten Freunde, führen sie doch dazu, dass sich Gewohntes ändert. Trotzdem hat unsere Fraktion den Reformbedarf der Kommunal- und Verwaltungsstrukturen früh anerkannt und Anfang 2011 dem – übrigens von der CDU stammenden – Vorschlag zu einer Enquete-Kommission zum Thema zugestimmt. Das war Auftakt einer intensiven Fachdiskussion, deren Ergebnisse für uns weiter Bestand haben.



Es geht bei der Kommunal- und Verwaltungsreform im Kern darum, Brandenburgs Verwaltungsstrukturen zukunftsfest zu machen. Antworten auf die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung zu finden und Vorsorge für die Zeit zu treffen, in der die Solidarpaktmittel nicht mehr sprudeln. Gutes Verwaltungshandeln muss landesweit sichergestellt werden und möglichst viele Mittel für die Daseinsvorsorge bereitstellen. Zentrales bündnisgrünes Anliegen

war zudem, die Neugliederung der Kreisstruktur mit einer Stärkung demokratischer Mitwirkungsrechte zu verknüpfen.

2040 wird Brandenburg voraussichtlich nur noch 2,17 Millionen EinwohnerInnen haben, minus 11,5 Prozent im Vergleich zu 2013. Im Berliner Umland wird bis dahin mit einem Bevölkerungszuwachs von 6,2 Prozent gerechnet, im berlinfernen Raum mit einem weiteren Anstieg von 22,1 Prozent. Das derzeitige Zwischenhoch bei SchülerInnen und Neugeborenen ändert daran nichts. Der Trend zur Alterung und die Unterschiede zwischen Speckgürtel und berlinfernen Regionen wer-

den sich weiter verschärfen. Und auch finanzielle Unsicherheiten bleiben trotz guter wirtschaftlicher Lage aktuell.

Unsere Fraktion hat sich seit 2011 konstruktiv in die Diskussion eingebracht. Von uns gemachte Vorschläge, z. B. zur Teilentschuldung der kreisfreien Städte und zur Stärkung der demokratischen Beteiligung durch Einführung des Amtsgemeindemodells, finden sich nun modifiziert im Leitbild wieder. In einem Entschließungsantrag mit Rot-Rot haben wir weitere Verbesserungen auf den Weg gebracht. Zugleich haben wir uns nie mit Kritik zurückgehalten – es ist kein grünes Leitbild.

Die Funktionalreform sollte gewährleisten, dass man Verwaltungsgänge so nah wie möglich am Wohnort erledigen kann und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt wird. Zugleich darf die Fachlichkeit von Verwaltungshandeln nicht leiden. Große Bedenken haben wir hier z. B. bei der Übertragung von Aufgaben der Heimaufsicht, des Denkmalschutzes, des Natur- und Artenschutzes sowie der Naturparke auf die Kreise.



Der Leitbildentwurf der Regierung wurde in den Landtagsausschüssen an etlichen Stellen verändert, zudem wurden viele Prüfaufträge mitbeschlossen. Das lässt offen, ob kritische Bereiche überhaupt übertragen werden. Unsere Aufgabe ist nun, während der Gesetzgebung darauf zu pochen, dass den Bedenken Rechnung getragen wird. Zum Leitbild selbst war für uns unter Würdigung von Pro und Kontra nur eine Enthaltung möglich.

FLUGHAFENENTGELTE: TEURES BILLIG- FLIEGEN



Die öffentliche Hand subventioniert durch zu niedrig angesetzte Start- und Landeentgelte die Fluggesellschaften, auch in Tegel und Schönefeld. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie, die der Arbeitskreis Luftverkehr der Technischen Universität Chemnitz im Auftrag unserer Fraktion durchgeführt hat. Das muss sich ändern – bei den bestehenden Flughäfen, aber auch und vor allem bei der Flughafenegesellschaft FBB.

Die deutschen Flughäfen konkurrieren hart um Fluggesellschaften. Um mehr Verkehr zu generieren, räumen sie den Airlines großzügige Rabatte ein. Dadurch arbeiten fast alle Flughäfen mit Verlust – nur acht der 22 internationalen deutschen Flughäfen machen Gewinne nach Steuern. Und diese Gewinne stammen nicht aus dem Flugbereich, sondern aus dem sogenannten „Non-Aviation“-Bereich, zu dem die Vermietung von Läden und Büros zählt.

Durch diesen ruinösen Preiswettkampf beschert auch die Flughafenegesellschaft Berlin Brandenburg GmbH (FBB) ihren Eigentümern, den Ländern Berlin, Brandenburg und dem Bund, regelmäßig hohe Verluste. Um den Bau des BER zu finanzieren, fließen zudem Milliarden. Gerät die FBB weiter in finanzielle Schieflage, müssen am Ende die SteuerzahlerInnen dafür geradestehen.

Die Bestimmung der Flughafenentgelte ist in Deutschland staatlich beaufsichtigt. Die zuständigen Luftfahrtbehörden sehen sich jedoch eher als Mittler zwischen Flughäfen und Airlines denn als strenge Kontrolleure und Sachwalter von Landesinteressen.

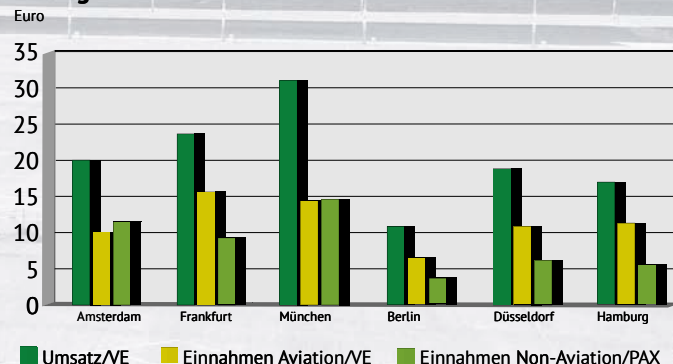
© Axel Vogel

Die bestehende Kostenstruktur nach dem Prinzip „Wer mehr fliegt, fliegt billiger“ und Quersubventionierungen in den Flughäfen fördern den Billigflugverkehr. Dieser wiederum schädigt die Umwelt. Der Flugbetrieb muss endlich von seinen Nutzern, den Airlines, vollständig finanziert werden!

Unsere Fraktion leitet aus der Studie folgende Forderungen ab:

- Kostendeckende, die SteuerzahlerInnen entlastende Start- und Landeentgelte an den beiden Berliner Flughäfen und am künftigen BER.
- Eine über die Flughafenentgelte zu finanzierende Abgabe zum Ausgleich der Lärm- und Abgasbelastung für FlughafenanrainerInnen.
- Keine Quersubventionierung des Billigflugverkehrs durch teurere Marktsegmente oder den Non-Aviation-Bereich.

Flughafeneinnahmen



VE = Verkehrseinheit (Passagier oder 100 kg Fracht)
PAX = Passagier

Weitere Informationen zum BER und die vollständige Studie unter www.gruene-fraktion-brandenburg.de/ber

© Arbeitskreis Luftverkehr, TU Chemnitz, Zahlen bezogen auf 2011

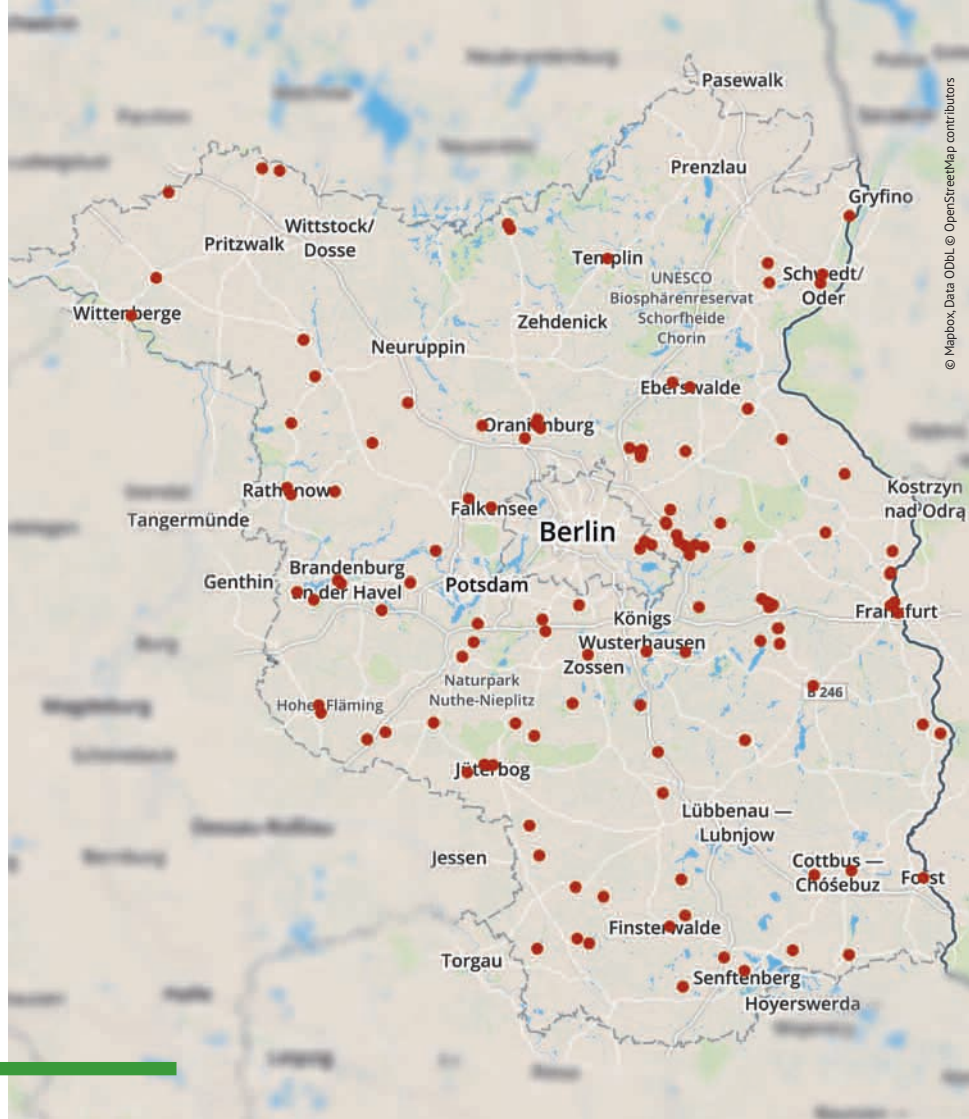
GRÜNE GRAFIK

ILLEGALE MÜLLHALDEN



Etwa 150 illegale Müllhalden gibt es aktuell in Brandenburg. Diese erschreckend hohe Zahl nannte Umweltminister Vogelsänger, nachdem Medienberichte die zuvor veröffentlichte, deutlich niedrigere Zahl in Frage gestellt hatten und unsere Fraktion mit einer Kleinen Anfrage nachhakte. Auf die von uns angestoßene Debatte im Umweltausschuss hin machte Vogelsänger die Beräumung der illegalen Halden zur Chefsache, ließ aber bisher keine Taten folgen. Wir fordern die Landesregierung auf, endlich genauer hinzuschauen und tätig zu werden – vor allem durch mehr Kontrollpersonal und regelmäßige Kontrollen vor Ort. Andernfalls bleibt weiter unklar, welche Auswirkungen die illegale Müllverklappung auf die Gesundheit der AnwohnerInnen, auf die Trinkwasserqualität und die Umwelt hat.

Die Landkarte rechts zeigt, wo sich in Brandenburg illegale Müllhalden befinden. Eine ausführliche Übersicht aller Halden gibt es hier: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/illegale-muellhalden



BRAUNKOHLE- VERKAUF:

WEITERE VERUNSICHERUNG FÜR BETROFFENE



Am 18. April verkündete der schwedische Energiekonzern Vattenfall seine Entscheidung, die Lausitzer Braunkohlesparte an die Energie- und Industrieholding (EPH) und die Investmentgruppe PPF veräußern zu wollen. Während die Landesregierung das bejubelt, sieht unsere Fraktion den Verkauf äußerst kritisch.

Neben Schwedens ambitionierten Klimaschutzzielen ist vor allem die schwindende Wirtschaftlichkeit der Kohleverstromung maßgeblicher Anlass für Vattenfalls Ausstieg aus der fossilen Stromgewinnung. So wiesen kürzlich Experten von Bloomberg New Energy Finance (BNEF) in einem Bericht darauf hin, dass es nur noch zehn Jahre bis zum Ende der Kohle seien. Demnach wird Strom ab dem Jahr 2027 aus neu erbauten Solar- und Windkraftanlagen billiger sein als der von Kohle- und Gaskraftwerken. Auch die Tatsache, dass Vattenfall sich vom erhofften Verkaufserlös von 4 Mrd. Euro verabschiedet und ganz im Gegenteil noch 1,5 Mrd. Euro beim „Verkauf“ an EPH dazugeben musste, ist ein deutlicher Beleg dafür, dass hiermit keine zukunftssträchtige Wirtschaftssparte verkauft wurde.

Doch warum ist EPH an der Lausitzer Braunkohle interessiert? Dem Vernehmen nach spekuliert der neue Eigentümer auf ein Scheitern der deutschen Energiewende und darauf, dass der Strompreis nach der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke 2022 wieder ansteigt. „Das Ganze ist eine Wette auf die Zukunft“, sagt Heide Schinowsky, wirtschaftspolitische Sprecherin unserer Fraktion. „Auf dieser Grundlage gibt es weder für die von der drohenden Abbaggerung Betroffenen noch für die in der Kohle Beschäftigten eine planbare

Perspektive, sondern weiter Verunsicherung.“

Ein aktuelles Beispiel für das Agieren der EPH-Gruppe zeigt der Blick auf die Übernahme des britischen Kohlekraftwerks Eggborough. Auch dort hoffte die Gruppe auf gute Geschäftsaussichten mit Kohlestrom. Als diese nicht eintrafen, verkündete EPH kurzerhand die Schließung des Kraftwerkes. Vor diesem Hintergrund entbehrt die Einschätzung von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD), der das Ende „monatelanger Unsicherheit für die Braunkohlekumpel, ihre Familien und eine ganze Region“ verkündete, leider jeglicher Grundlage.

Es steht zudem zu befürchten, dass EPH und PPF die vom Staatsunternehmen Vattenfall übernommene Verpflichtung zur Rekultivierung ausgekohlter Tagebaue nicht erfüllen können. Wenn das der Fall ist, müssen am Ende wir SteuerzahlerInnen für die Rekultivierung aufkommen. Die in Brandenburg mitregierende Linkspartei scheint diese Bedenken zwar zu teilen. So forderte sie – wie auch wir Bündnisgrünen – einen Stresstest für das Bergbauunternehmen, um die Verfügbarkeit von Rückstellungen zu überprüfen. Trotzdem stimmte die Regierungsfraktion gemeinsam mit der SPD im Juli 2016 gegen unseren entsprechenden Antrag.



Unsere wirtschaftspolitische Sprecherin Heide Schinowsky bei einer Protestaktion gegen den Vattenfall-Verkauf in Prag

EIN GUTER PLAN?

LANDESENTWICKLUNGSPLAN FÜR DIE HAUPTSTADTREGION



Der Berliner Speckgürtel wächst – wie auch die Metropole selbst. Wie kann die Hauptstadtregion zukunftsfähig entwickelt werden? Wo sollte Wohnraum entstehen, wo Einkaufsmöglichkeiten, und welche Freiräume sollten erhalten werden? An welchen Orten muss der öffentliche Nahverkehr ausgebaut werden? Antworten auf diese und ähnliche Fragen halten Berlin und Brandenburg im gemeinsamen Landesentwicklungsplan für die Hauptstadtregion, kurz LEP HR, fest.

Ende Mai haben beide Länder den gemeinsamen Entwurf vorgestellt. Das öffentliche Beteiligungsverfahren soll im Herbst starten. Ab Anfang 2019 könnte der LEP HR in Kraft treten. Der Landesentwicklungsplan regelt die Raumordnung und bildet so den Rahmen dafür, was Regionalplanung darf. Dadurch soll Wildwuchs im Speckgürtel – wie rund um andere Großstädte wie München oder Frankfurt am Main – verhindert werden. Wie schon seine Vorgänger definiert der neue Plan den historisch gewachsenen „Siedlungsstern“ als Rückgrat der infrastrukturellen Entwicklung. Entlang seiner „Strahlen“, die von Berlin aus ins Umland verlaufen, und damit auch entlang der bestehenden Schienentrassen, soll die Wohnsiedlungsentwicklung vorangetrieben werden. Die unbebauten Achsenzwischenräume bleiben für Natur und Erholung erhalten. Der Plan legt auch fest, welche Kommunen so genannte Ober- und Mittelzentren sind – und damit, wohin wie viel Geld fließt.

Aus grüner Sicht besteht beim LEP HR erheblicher Nachholbedarf. Das macht Michael Jungclaus, infrastrukturpolitischer Sprecher unserer Fraktion, deutlich: „Ein so folgenschwerer Plan gehört nicht in die Hinterzimmer der Verwaltung, sondern ins Parlament! Die Kommunen haben die Planungshoheit, bekommen den LEP aber von

oben ‚aufgedrückt‘. Für die Dörfer und Ortsteile muss es endlich eine echte Form der Beteiligung geben. Außerdem muss die Regionalplanung, die bislang nur auf die Windkraft reduziert ist, gestärkt und auf weitere Themen ausgedehnt werden, beispielsweise auf Siedlungsentwicklung und Pendlerströme. Ziel muss es sein, integrierte Pläne zu erstellen – die auch die Braunkohle einschließen!“

Auch inhaltlich haben wir einige Kritik. Die sternförmige Siedlungsentwicklung ist zwar einerseits wünschenswert, weil sie eine gute Flächennutzung garantiert. So wird der Flächenfraß gestoppt – Straßeninfrastruktur und Wasserstraßen nicht bis ins Unermessliche ausgebaut –, um Natur- und Kulturlandschaften für kommende Generationen erhalten zu können. Gleichzeitig birgt das Prinzip des LEP „Stärken stärken“ aber auch die Gefahr, dass kleine Gemeinden im Umland abgehängt werden. Ländliche Räume dürfen nicht zu reinen Produktionsstätten der Metropole verkommen – ohne eigene Lebens- und Aufenthaltsqualität. Das gilt auch für den ÖPNV, der sehr stark auf die Schiene konzentriert ist, aber längst nicht jeden Ort anbindet. Bus und Bahn müssten vernetzt werden, dem Fahrradverkehr der gleiche Stellenwert wie dem motorisierten Verkehr eingeräumt werden.



VORHANG AUF FÜR DIE FREIEN THEATER!



Freie Theater leisten tolle und wichtige Arbeit und erreichen damit viele Menschen. Wir fordern, dies auch entsprechend finanziell zu honorieren.

Im Theater können Elefanten fliegen und Esel (auch vierbeinige!) Geschichten erzählen. Theater hat andere Grenzen als die reale Welt, lässt der Phantasie freieren Lauf und spricht uns doch so direkt an, weil die Darstellenden Menschen sind wie wir. Ob wir es nun passiv auf uns wirken lassen oder uns beim aktiven Spiel selbst besser kennenlernen: Seit der Antike nimmt das Theaterspiel einen hohen Stellenwert in der menschlichen Kultur ein.

Wir finden es daher begrüßenswert, dass die Landesregierung beschlossen hat, im Zuge der Kommunalreform eine größere Verantwortung bei der Finanzierung der sogenannten „landesweit bedeutsamen Kultureinrichtungen“ zu übernehmen. Wir sagen aber auch: Darüber dürfen nicht die freien Theater vergessen werden!

Marie Luise von Halem, kulturpolitische Sprecherin unserer Fraktion,

Freies Theater in Zahlen

In Brandenburg gibt es 31 freie Theater. Im vergangenen Jahr haben sie 2.513 Vorstellungen an 75 Spielorten in allen Regionen gegeben, die von 197.000 ZuschauerInnen besucht wurden. Damit entfallen rund 30 % aller Besuche auf freie Theater, die aber nur 4 % der finanziellen Förderung erhalten.

begründet das wie folgt: „Theater der Fläche erreichen mit vielfältigen Produktionen eine große Zahl an Menschen. Mit mobilen Vorstellungen binden sie unterschiedlichste Personengruppen ein und erfüllen auf diese Weise partizipative und

integrative Funktionen, beleben die Gemeinschaft und fördern die kulturelle Bildung.“

Unsere Fraktion fordert deshalb mit einem Antrag, die Projektförderung für die freien Theater von jetzt 850.000 Euro im Rahmen des nächsten Doppelhaushaltes deutlich aufzustocken. Es ist gut und richtig, dass jeder Besuch der – aus Sicht der Koalition – großen Häuser mit gut 40 Euro bezuschusst wird. An die freien Theater hingegen fließen pro Besuch weniger als fünf Euro Landesmittel, obwohl auch diese Kultureinrichtungen schließlich oft Häuser zu bewirtschaften haben und Personal, welches von tarifvertraglichen Bedingungen nur träumen kann.

Ganz besonders wichtig ist unserer Fraktion, dass Vereine, Verbände und bürgerschaftliche Initiativen es künftig einfacher haben, an Fördergelder zu kommen. Wir wollen, dass aus Landesmitteln ein Theaterfonds in Höhe von 500.000 Euro eingerichtet wird, aus dem Theaterproduktionen und Gastspiele organisiert werden können. Außerdem sollen die 300.000 Euro für Kultur und Flüchtlinge aus 2016 zumindest im gleichen Umfang fortgeschrieben werden. Denn: Kultureller Dialog ist ein wichtiger Bestandteil von Integration.



© Christiane Schiefenbaum Fotografie

ALS „BAHNHOFSVERSTEHER“ AUF TOUR



Michael Jungclaus war in den letzten anderthalb Jahren in ganz Brandenburg unterwegs, um Bahnhöfe mit weniger als 50 Ein- und Aussteigenden pro Tag zu besuchen.

Mehr als 60 Bahnhöfe in Brandenburg stuft die Landesregierung als nachfrageschwach ein – sie sind deshalb von der Schließung bedroht. Weil ihm die Landesregierung die Frage, wie viele Personen dort tatsächlich ein- und aussteigen, nur unzureichend beantwortete, machte sich Michael Jungclaus auf, um sich selbst einen Eindruck zu verschaffen. Er wollte mit den Menschen in den jeweiligen Regionen ins Gespräch kommen und der Frage nachgehen, wie der ÖPNV auch im ländlichen Raum attraktiver gestaltet werden kann. Denn: „Bahn-



© Sebastian Koeppen

halte im ländlichen Raum dürfen nicht nur unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit betrachtet werden“, so unser verkehrspolitischer Sprecher.

Weitere Informationen zur Bahnhofstour auch unter michaeljungclaus.de/bahnhofstour

Stimmen von unterwegs:

Joachimsthal Kaiserbahnhof (BAR)

Christine Leuschner, Koordinatorin für Tourismus Amt Joachimsthal: „Unser Wunsch für die Zukunft: Die Einsicht der Landesregierung, dass Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor in unserer wunderschönen Region Schorfheide nicht ohne Mobilität funktioniert.“

Haltepunkt Lottschese (BAR)

Dr. Jana Radant, Bürgermeisterin der Gemeinde Wandlitz: „Für das Leben auf dem Land ist ein zuverlässiger öffentlicher Nahverkehr von größter Bedeutung. Wird dieser ständig weiter eingeschränkt, verliert unsere Gemeinde ihre Lebensqualität.“

Haltepunkt Klandorf (BAR)

Uwe Schoknecht, Bürgermeister der Gemeinde Schorfheide: „Die Heidekrautbahn ist für den Ortsteil eine wichtige Lebensader. Schülerinnen und Schüler nutzen sie, um zum Gymnasium zu kommen, die Berufstätigen als Alternative zum Auto, für den Arbeitsweg nach Berlin, und die Seniorinnen und Senioren als schnelle stressfreie Verbindung für den Arztbesuch bzw. den Einkauf.“

Haltepunkt Alt Rosenthal (MOL)

Roswitha Thiede, Amtsdirektorin des Amtes Seelow-Land: „Die Gemeinde hat Potential und damit wirtschaftliche und touristische Entwicklungsziele, die eine angemessene Verkehrsanbindung erfordern. Deshalb kann sie auf den Haltepunkt Alt Rosenthal nicht verzichten.“

GRÜNES GERICHT DAS GUTE LIEGT SO NAH



Regional einzukaufen bedeutet, saisonal einzukaufen.
Wer sehen will, welche Produkte gerade reif sind,
findet auf unserer Website einen Saisonkalender:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/saisonkalender

Ob Spargel aus Griechenland oder Erdbeeren aus Südafrika: Neben einer miesen CO₂-Bilanz bestechen Produkte, die die halbe Welt gesehen haben, bevor sie bei uns auf dem Teller landen, oft nicht gerade durch Geschmack. Lebensmittel aus der Region schonen die Umwelt, weil sie kürzere Transportwege hinter sich haben. Sie schmecken besser und sind durch einen höheren Vitalstoffgehalt auch gesünder, weil sie voll gereift und erntefrisch verkauft werden. Sie stärken die heimische Wirtschaft – und sind dabei sogar häufig günstiger. Problematisch ist, dass es bislang kaum verlässliche Siegel für Regionalität gibt. Bessere Chancen hat man da schon auf lokalen Bauernmärkten. Wichtig auch: Regional ist nicht gleich bio! Einen verlässlichen Nachweis, dass Obst und Gemüse nicht mit Agrargiften behandelt wurde, bietet das Biosiegel.

Unser Abgeordneter Benjamin Raschke wird in den nächsten Wochen Restaurants mit einem regionalen Schwerpunkt besuchen und gemeinsam mit den KüchenchefInnen über regionale Küche diskutieren. Mehr dazu auf:

www.gruene-fraktion-brandenburg.de/restaurantgespraeche

ZUTATEN

4 mittelgroße
Kartoffeln
1/4 Hokkaido-Kürbis
1 Stange Lauch
Muskat
Pfeffer & Salz
Öl zum Braten

Aus Region und Saison: Kürbis-Kartoffelpuffer

ZUBEREITUNG

Auf einer scharfen Reibe die geschälten Kartoffeln und den ungeschälten, entkernten Kürbis zerkleinern. Lauch in dünne Ringe schneiden und sorgfältig waschen. Alles in einer Schüssel vermengen, kräftig mit Muskat würzen, mit Salz und Pfeffer abschmecken. Das Öl in einer Pfanne erhitzen und den Teig portionsweise von beiden Seiten braun braten. Dazu passen gut Naturjogurt als Dip und frischer Salat. Aus dem restlichen Kürbis kann eine leckere Suppe zubereitet werden.

Hokkaido-Kürbis nie schälen! Keine Bange, beim Braten werden Kürbis und Schale gleichermaßen wunderbar weich und knusprig gebräunt, und die leuchtenden Farben ringeln sich mit den Lauchringen zu bunten Herbstnestern.

Zum Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie (IDAHOT) hat unsere Fraktion Farbe gezeigt. In unserer Gesellschaft gibt es keinen Platz für Diskriminierung und Ungleichbehandlung! Jetzt ist es wichtig, Ja! zu der lesbischen und schwulen Minderheit zu sagen. Es geht um ein Ja! zu homosexuellen Jugendlichen und ein Ja! zu Regenbogenfamilien. Sie alle sind willkommen Mitglieder unserer Gesellschaft.



GRÜNE TERMINE

13. September 2016: Fachgespräch zu Bohrschlamm aus der Erdgasförderung

Ist unser Trinkwasser gefährdet? ExpertInnen erläutern die Gefahren im Umgang mit den Reststoffen aus der Erdgasförderung. Näheres unter: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/bohrschlamm-trinkwassergefaehrung

4. November 2016: Symposium zur solidarischen Ökonomie

Veranstaltung in der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde. Mehr unter: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/symposium-solidarische-oekonomie

Weitere Veranstaltungen:

Im Herbst planen wir unter anderem Fachgespräche zu verschiedenen Themen. Die aktuellste Übersicht bietet unsere Website: www.gruene-fraktion-brandenburg.de/termine

Das letzte Wort hat ...

„Die Landesregierung bleibt gemeinsam mit der IGBC auf dem halbtoten Pferd Braunkohle sitzen. Sie versuchen das einst profitable Rennpferd weiter zu reiten, obwohl schon seit Jahren klar ist, dass die Kraftwerke kein Geld mehr erwirtschaften können.“

Axel Vogel, Fraktionsvorsitzender
axel.vogel@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Was die Koalitionsfraktionen hier mit dem Antrag ‚Dialog der Kulturen gestalten und erleben‘ vorlegen, ist mal wieder so eine wattige Wohlgefühlhülle, nur Prosa und Selbstbeweihräucherung, bar jeder politischen Konsequenz.“

Marie Luise von Halem
Bildungspolitische Sprecherin
ml.halem@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Wie einfach und schön ist es da doch, liebe AfD-Fraktion, sich ein Deutschland losgelöst von Raum und Zeit, ein Auenland im Biedermeier, zu phantasieren, abgeschottet von den Zumutungen der heutigen Welt!“

Ursula Nonnemacher
Innenpolitische Sprecherin
ursula.nonnemacher@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Von Glyphosat wird alles, was grün ist, innerhalb weniger Tage mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Da können Sie sich vorstellen, dass es mich als Grünen nach dem positiven Selbsttest doch etwas besorgt, es in meinem Körper zu haben.“

Benjamin Raschke
Umweltpolitischer Sprecher
benjamin.raschke@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Es ist ein Trauerspiel, dass sich der für Tierschutz zuständige Minister Ludwig zum Beginn seiner Amtszeit 100 Tage Frist erbittet, um einschätzen zu können, wie wichtig ihm das Tierwohl ist.“

Michael Jungclaus
Verbraucherschutzpolitischer Sprecher
michael.jungclaus@gruene-fraktion.brandenburg.de

„Der Verkauf der Braunkohlelapse von Vattenfall an EPH ist ein schwarzer Tag für den europäischen Klimaschutz.“

Heide Schinowsky
Energiepolitische Sprecherin
heide.schinowsky@gruene-fraktion.brandenburg.de



DICH STECK ICH IN DIE TASCHE!

Seit diesem Jahr erscheint unsere Fraktionszeitung brandGRÜN in neuem Design – und wir finden: Es passt! Unsere Vorsätze: Klar und schnell auf den Punkt kommen, frecher und handlicher sein, näher an Euch und Ihnen dran.



Wer brandGRÜN 4 Mal im Jahr kostenlos nach Haus bekommen möchte, bestellt das hier: www.brandgruen.de



Wer brandGRÜN online lesen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/newsletter



Wer uns die Meinung sagen will:
www.gruene-fraktion-brandenburg.de/kontakt

IMPRESSUM

brandGRÜN

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1, 14467 Potsdam
Tel. (0331) 966 1700

info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de
V.i.S.d.P.: Tobias Arbinger
Redaktion: Katharina Buri
Titelbild: © zitrusblau.de
Satz und Layout: ZITRUSBLAU
Icons: thenounproject.com